

V1095/23

Krankenhauszweckverband Ingolstadt;
Betriebs- und Investitionsumlagen für Klinikum
(Referent: Oberbürgermeister Dr. Scharpf)

Antrag:

1. Der Stadtrat nimmt den in der Anlage 1 dargestellten Gesamtumfang der Generalsanierung mit Teilersatzneubauten (einschließlich der Errichtungen von Mitarbeiterwohnungen) mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 818 Mio. EUR zur Kenntnis.
2. Die Stadt Ingolstadt verpflichtet sich die nicht durch Fördermittel gedeckten Investitionskosten von 234 Mio. EUR entsprechend der Zweckverbandssatzung anteilig zu 76,6 % in Höhe von rund 180 Mio. EUR zu finanzieren. Bisher wurden bereits Investitionsumlagen von 36,1 Mio. EUR geleistet. Die im Wirtschaftsplan 2024 und der anschließenden mittelfristigen Finanzplanung des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt ausgewiesenen von der Stadt Ingolstadt zu tragenden Investitionsanteile in folgender Höhe

2024 TEUR 14.186
2025 TEUR 22.500
2026 TEUR 20.976
2027 TEUR 16.665
ab 2028 bis 2033 ff. TEUR 70.259

werden genehmigt.

- a) Der Leistung einer Investitionsumlage für 2024 von TEUR 14.186 wird zugestimmt. Hierfür werden Mittel aus dem Jahr 2023 von TEUR 13.312 auf das Jahr 2024 übertragen und weitere TEUR 874 neu veranschlagt.
- b) Für die Zeiträume ab 2025 wird beauftragt zu prüfen, ob anstatt der Leistung von Investitionsumlagen durch die Stadt Ingolstadt eine Aufnahme von Kreditmitteln auf Ebene des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt mit der Maßgabe, dass Zins und Tilgung für diese Kredite von der Stadt Ingolstadt erstattet werden, wirtschaftlich gleichwertig und möglich wäre.

3. Der Stadtrat nimmt die Jahresverluste bei der Klinikum Ingolstadt GmbH
 - in prognostizierter Höhe für 2023 mit 30 Mio. EUR zur Kenntnis
 - und genehmigt die geplante Höhe in 2024 mit 24 Mio. EUR.

Zum Ausgleich der Verluste 2023 und 2024 verpflichtet sich die Stadt Ingolstadt in 2024 vorbehaltlich des Haushaltsbeschlusses zum Haushalt 2024 Betriebsumlagen von bis zu 37,2 Mio. EUR wie folgt zu leisten:

- 9,3 Mio. Euro nach Genehmigung des Haushaltes 2024
- 14,0 Mio. EUR Anfang Juni 2024
- 4,6 Mio. EUR Anfang Juli 2024
- 4,6 Mio. EUR Anfang August 2024
- 4,7 Mio. EUR Anfang Oktober 2024

Die Stimmrechtsausübung der Verbandsräte in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes Ingolstadt nach Maßgabe der Beschlussziffern 2 a) und 3 wird genehmigt.

Stadtrat	12.12.2023	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 12.12.2023

Das Thema Klinikum müsse den Stadtrat künftig mehr beschäftigen, denn die Entwicklung dessen wirke direkt in den städtischen Haushalt hinein. Nach den Worten von Stadtrat Stachel sei die heutige Beschlussfassung ein ganz wesentlicher Posten des Haushalts, sowohl für dieses, als auch für die nächsten Jahre. Aber auch für die mittel- und langfristige Planung handelt es sich um große Millionenbeträge, denen hier zugestimmt werden solle. Stadtrat Stachel lehne dies nicht ab, bittet aber inständig darum, dass sich der Stadtrat künftig mehr mit der Thematik des Klinikums befasse. Wenn für das Klinikum im Investitionsbereich eine halbe Millionen Euro bereitgestellt werde, dann müsse das Geld auch irgendwo hergenommen werden. Insofern brauche es auch eine politische Diskussion. Diese müsse nicht jedes Jahr aufs Neue geführt werden, aber es müsse sich damit intensiv auseinandergesetzt werden. Stadtrat Stachel bemängelt die späte Vorlage der Beschlussvorlage. Er bittet inständig darum, das Thema Klinikum auf ein anderes politisches Level zu setzen, wie dies bisher der Fall gewesen sei.

Stadtrat Dr. Spaeth stimmt seinem Vorredner zu. Die Betrachtung der Verluste sei deprimierend. Das Klinikum sei sehr gut ausgelastet und es sei schwierig Patienten unterzubringen. Das Personal leiste wertvolle Arbeit und es sei eine sehr gute medizinische Qualität die dort abgebildet werde. Insofern sei dies schwer zu verstehen und auch schwer eine Lösung zu finden. Stadtrat Dr. Spaeth sehe ein sehr großes Defizit bei der Bundespolitik, die nicht vorankomme. Die Hoffnung sei, dass es in sechs Jahren besser werde. Dies mache die jetzige Situation aber nicht besser. Man brauche einmal eine Lösung für die Betriebskosten um diese runterzubringen. Es sei wenig Einsparpotential gegeben. Das andere seien die Bauinvestitionen. Wenn man sehe, dass in den nächsten Jahren 234 Mio. Euro anteilig selbst bezahlt werden müssen, denn eigentlich sei der Bau Aufgabe des Freistaates. Weiter regt er an, dass das Klinikum energieneutral betrieben werden solle, denn dies sei trotz mehrfacher Anforderung noch nicht berücksichtigt in der Planung. Dies bedeute, dass hier noch einiges mehr an Investitionen erfolgen müsse, da ansonsten die Betriebskosten bei den steigenden Energiepreisen noch weiter ansteigen. Dies sei ein riesiges Fass, welches im Stadtrat mehr diskutiert und auch in die Landes- und Bundespolitik getragen werden müsse. Stadtrat Dr. Spaeth halte es schon für wichtig, dass man in der Region mehr zusammenarbeite und nicht jeder auf sein Krankenhaus schaue. Man müsse auch mal Taten folgen lassen.

Das Klinikum sei eine Herausforderung aber auch gleichzeitig absolute Notwendigkeit, um eine exzellente Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Dies werde aber auch getan, so Stadtrat Schäuble. Es gebe Defizite, aber die Gesundheitsversorgung sei auf einem ganz hohen Niveau. Gerade was die Neuberufung an Ärzten betreffe, bringe Hoffnung. Auf der finanziellen Seite sehe es aber überhaupt nicht gut aus. Dies sei kein Spezifikum von Ingolstadt, sondern dies betreffe die gesamte Kliniklandschaft in Deutschland. Stadtrat Schäuble halte es für eine Illusion vom Bund mehr Geld zu erhalten, denn dies sei nur über eine Umverteilung innerhalb des Systems möglich. Weiter verweist er auf das im Jahr 2021 angeforderte gemeinsame Strukturgutachten zur moderneren medizinischen Versorgung in der Region 10, der FDP-Stadtratsgruppe. Er hoffe, dass diese

Impulse für die medizinische Versorgung geben werde. An eine kurzfristige Verbesserung glaube er nicht.

Weiter verweist er auf das Thema Bauen und die Energieeffizienz. Es sei bekannt, dass die aktuell geplanten Bauten für die Zukunft medizinisch sehr gut seien. Doch auch die Kühlung der Bauten werde eine immer größere Rolle in Zeiten des Klimawandels einnehmen und sei nicht nur förderungsfähiger Bestandteil. Dies heiße, dass die ganze Energieeffizienz auf der einen Seite, aber auch die Kühlungsseite durch den Freistaat nicht gefördert werde. Alles bleibe bei der Stadt und dem Bezirk anteilig hängen. Dieser Zustand sei nicht sinnvoll, weil man sehenden Auges in eine Planung laufe, die zukünftig nicht optimal sei. Die Klinikgebäude werden im Sommer gekühlt werden müssen, um medizinisch exzellente Qualität darstellen zu können. Die Raumtemperatur sei auch entscheidend für die Viren- und Bakterienlast. Dies bedeute große Herausforderungen auf allen Ebenen. Dabei verweist Stadtrat Schäuble auf die kommunale Ebene und die der Region 10, wo es dringend eine verbesserte Zusammenarbeit brauche. Denn die anderen kommunalen Häuser in der Region seien auch keine Gewinnbringer im Hinblick auf die Finanzen. Hier haben alle die gleichen Probleme. Dies bedeutet, wenn alle Probleme auf allen Ebenen haben, sei die Lösung alles andere als einfach. Aber Stadtrat Schäuble sei völlig bei Stadtratskollegen Stachel, dass sich der Stadtrat im nächsten halben Jahr ganz intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen und alles tun müsse, was eine Kommune tun könne. Aber die Prämisse müsse sein, dass die gesundheitliche Versorgung für Ingolstadt genauso exzellent bleibe, wie sie bereits sei. Dies bedeute Strukturverbesserungen, um das Defizit so gering wie möglich zu halten.

Stadtrat Dr. Böhm stimmt seinem Vorredner zu. Gerade als niedergelassener Mediziner sei er entsetzt über diese Zahlen. Der Stadtrat müsse hier dahinter sein. Er habe versucht im Aufsichtsrat einiges zu erklären, was man noch machen könne. Weiter verweist er auf die vielen Vorschriften. Insofern bedürfe es dringend der Krankenhausreform. Er betont auch, dass Ingolstadt exzellente Mediziner habe und eine Spitzenversorgung biete, die einer Universitätsstadt gleiche. Die Neufassung der Krankenhausreform sei dringend nötig und es werde versucht, die Zahlen so gut es gehe zu kontrollieren und auch Verbesserungen einzufordern. Aber für Stadtrat Dr. Böhm dürfe es nicht sein, dass das Krankenhaus bereits vormittags um 11 Uhr keine Aufnahmen mehr vornehme, weil es voll sei oder nicht genug Pflegekräfte habe. Es sei nicht in Ordnung, dass besonders ältere Menschen irgendwo hingeschickt werden müssen. Der finanzielle Aspekt sei die eine Seite, diese wichtig sei, aber auf der anderen Seite gehe es natürlich um die Versorgung der Bevölkerung.

Es sei absolut zutreffend, dass man sich nicht nur im Aufsichtsrat und der Verbandsversammlung, wo man sich intensiv und wiederholt mit dem Thema auseinandergesetzt habe, beschäftigen dürfe. Oberbürgermeister Dr. Scharpf sichert eine Behandlung im Stadtrat im nächsten Jahr zu.

Stadtrat Dr. Kern verweist auf das Bildungszentrum für Pflegekräfte. Die Stadt könne hier viel tun. Dabei verweist er auf die vorher angesprochene ÖPNV-Anbindung für das Klinikum. Auch Wohnraum könne aus städtischer Sicht zur Verfügung gestellt werden. Man brauche auch gute Chefärzte die mit den niedergelassenen Ärzten zurechtkommen. Es müsste nicht immer gleich auswärts ein Arzt aufgesucht werden, denn es gebe wirklich gute Spezialisten vor Ort. Es sei sehr wichtig, dass die Stadt alles tue und sich der Stadtrat verstärkt damit befasse.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt mit, dass für das Klinikum schon über 100 Wohnungen für Beschäftigte angemietet worden seien. Dies sei ein ganz wichtiger Punkt neben der ÖPNV-Anbindung und dergleichen. Er hebt positiv hervor, dass wirklich eine ganze Menge bereits getan werde.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.